

Staatliche Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz	Sitzungsprotokoll L-29 Nils Lennart Lühr		
19. Wahlperiode der Bremischen Bürgerschaft 2015 - 2019			
Sitzungstag: 12.06.2018	Sitzungsbeginn: 16:03 Uhr	Sitzungsende: 17:09 Uhr	Sitzungsort: Siemenshochhaus, Contrescarpe 72, Raum 107
Teilnehmer / innen: siehe anl. Anwesenheitsliste			
Vorsitz: Herr Dr. Dr. Magnus Buhlert			

Herr Dr. Buhlert (FDP) eröffnet die staatliche Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz.

Die Deputation berät über die Tagesordnung:

TOP 1	Genehmigung der Tagesordnung	
TOP 2	Protokoll der Sitzung vom 08.05.2018	
TOP 3	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung gesundheitsrechtlicher Vorschriften	L-135-19
TOP 4	Entwurf einer Verordnung zur Änderung der Berufsordnung für Hebammen und Entbindungsberufe im Lande Bremen	L-136-19 (am 05.06.2018 versandt)
TOP 5 Neu	<i>Hebammen im Land Bremen – Ergebnisse des Gesundheitsberufemonitorings und der Befragung der freiberuflichen Hebammen im Land</i>	L-137-19
TOP 6	Hebammenvermittlungsstellen zur besseren Versorgung und Vernetzung einrichten	L-130-19 (am 05.06.2018 versandt)
TOP 7	Verschiedenes	

TOP 1 | Genehmigung der Tagesordnung

Beschluss (einstimmig):

Die staatliche Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz beschließt die vorgeschlagene Tagesordnung.

TOP 2 | Protokoll der Sitzung vom 08.05.2018

Beschluss (einstimmig):

Die staatliche Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz stimmt dem Protokoll der Sitzung vom 08.05.2018 zu.

TOP 3 | Entwurf eines Gesetzes zur Änderung gesundheitsrechtlicher Vorschriften (Vorlage L-135-19)

Staatsrat Kück erläutert kurz die zur Beschlussfassung vorgelegte Vorlage, die hinsichtlich der Aktualisierung einzelner Regelungen in Folge von Neuerungen, z. B. das Pflegeberufereformgesetz, und Klarstellungswünschen Senators für Justiz und des Senators für Inneres im Gesetz über das Leichenwesen aus Sicht der senatorischen Behörde notwendig ist.

Beschluss (bei einer Enthaltung angenommen):

Die staatliche Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz stimmt dem Entwurf eines Gesetzes zur Änderung gesundheitsrechtlicher Vorschriften zu.

**TOP 4 Entwurf einer Verordnung zur Änderung der Berufsordnung für Hebammen und Entbindungspfleger im Lande Bremen
(Vorlage L136-19)**

Staatsrat Kück leitet in die Vorlage ein. Die erfolgte Änderung der Hebammenvergütungsvereinbarung erfordert formale Veränderungen an der entsprechenden Berufsordnung. Auf Nachfrage von Herrn Erlanson (Die Linke) erläutert Frau Dr. Wietschel von der senatorischen Behörde, dass im Bereich der Verabreichungen gemäß ärztlicher Anordnung die Rechtssicherheit für Hebammen weiter gestärkt wird.

Beschluss (einstimmig):

Die staatliche Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz stimmt dem Entwurf einer Verordnung zur Änderung der Berufsordnung für Hebammen und Entbindungspfleger im Lande Bremen zu.

**TOP 5 Hebammen im Land Bremen – Ergebnisse des Gesundheitsberufe-Monitorings und der Befragung der freiberuflichen Hebammen im Land
(Vorlage L-137-19)**

Die den Deputierten übersandten und in der Vorlage dargestellten Ergebnisse, insb. aus der Befragung der freiberuflichen Hebammen, werden von Frau Huter (SOCIUM der Universität Bremen) vorgestellt.

Diese Analyse, vor allem die ermittelten Angaben auf Stadtteilebene, loben Deputierte aller Fraktionen und die Senatorin für Gesundheit, Wissenschaft und Verbraucherschutz ausdrücklich.

Herr Pirooznia (Bündnis 90/ Die Grünen) sieht entsprechende Angaben als Grundlage der Politik für die künftige Arbeit.

Dr. Buhlert (FDP) teilt in der Debatte die Unterstützung der FDP bei der Akademisierung der Hebammenausbildung mit und stellt ebenfalls die örtlichen Bedarfe an zusätzlichen Hebammen heraus.

Auf Hindernisse und zusätzliche Anforderungen für Hebammen weisen Herr Bensch (CDU), bzgl. geringe Vertretungsmöglichkeiten und zeitaufwendigen Dokumentationspflichten, und Frau Dehne (SPD), bspw. weitergehender Betreuungsbedarf von werdenden Eltern aus sozial herausfordernderen Milieus, hin.

Senatorin Prof. Dr. Quante-Brandt bekräftigt den Handlungsauftrag an die Politik, insbesondere in Stadtteilen mit größeren sozialen Herausforderungen. Sie berichtet ferner, dass die Akademisierung der Hebammenausbildung an der Hochschule Bremen mittelfristig realisiert werden soll und dieses Ausbildungskapazität im Land Bremen stark erhöhen würde.

Beschluss (einstimmig):

Die staatliche Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz nimmt die Studie „Hebammen im Land Bremen – Ergebnisse des Gesundheitsberufe-Monitorings und der Befragung der freiberuflichen Hebammen im Land“ zur Kenntnis.

**TOP 6 Hebammenvermittlungsstellen zur besseren Versorgung und Vernetzung einrichten
(Vorlage L-130-19)**

Senatorin Prof. Dr. Quante-Brandt stellt das dreigliedrige Konzept der Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz und der Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport vor. Demzufolge würde die bessere Versorgung und Vernetzung durch die Einrichtung von Hebammenstellung über eine mehrsprachige digitale Plattform, flankiert von einer telefonischen Beratung und vor allem Hebammenzentren, die Zusammenarbeiten von Hebammen kombiniert mit

der Verknüpfung an die bestehenden sozialen Infrastrukturen, in den Quartieren erfolgen. Das Maßnahmenbündel wird die Situation werdender Eltern stärken und weitere Verbesserungen, wie in der Mutter-Kind-Beziehung, erreichen können.

Herr Bensch (CDU) lobt das Konzept der Gesundheitsbehörde als sehr gelungene Verwirklichung des beschlossenen CDU-Bürgerschaftsantrages vor allem die digitale, persönliche und quartiersnahe Umsetzung.

Frau Dehne (SPD) schließt sich dem Lob an und begrüßt ferner, dass die quartiersnahen Hebammenzentren Berufsattraktivität beispielsweise durch stark verbesserte Vertretungsmöglichkeiten steigern.

Hr. Erlanson (Die Linke) sieht die mehrsprachige digitale Plattform als gutes Beispiel für die zielführende Ausführung der Digitalisierung. Er kritisiert die Finanzierung der Hebammenzentren sowohl hinsichtlich des Ansatzes über die Gebührenordnung als auch der fehlenden Finanzierungszusagen der GKV.

Das dreigliedrige Konzept wird ebenfalls von Herrn Pirooznia (Bündnis 90/ Die Grünen) gelobt, so zeigt diese Realisierung exemplarisch die hohe Bedeutung der örtlichen und niedrigschwlligen Lösungen in den Quartieren für gesundheitsfördernde Maßnahmen im Land Bremen.

Frau Schiffling (Vorsitzende des Hebammenlandesverbandes Bremen) berichtet den Deputierten, dass die Möglichkeit als Angestellte in Hebammenvermittlungszentrum für Hebammen eine deutliche Verbesserung darstellen kann, da Vertretungsmöglichkeiten geschaffen werden sowie die Berufsbegleitkosten effizienter verteilt werden können. Anderseits arbeiten einige Hebammen bevorzugt sehr autonom und werden die mit einer Selbständigkeit einhergehenden Freiheiten nicht reduzieren wollen.

Beschluss (einstimmig):

Die staatliche Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz stimmt dem Vorschlag der Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz und der Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport vom 25.05.2018 zu.

TOP 7 | Verschiedenes

- Zeitplan Landeskrankenhausplan, Berichtsbitte des Deputierten Bensch:

Für die CDU fragt Herr Bensch, warum sich anders als am Jahresanfang geplant in der heutigen Deputationssitzung die Landeskrankenhausplanung nicht thematisiert wird.

Die Krankenkassen haben sich zusätzliche Zeit zur Stellungnahme erbettet, weshalb erst die Deputation am 21.08.18 wieder erreicht werden kann, erklärt Staatsrat Kück den Deputierten.

Herr Dr. Buhlert (FDP) stimmt zu, dass die Bitte eine Verschiebung erforderlich machte, bedauert aber, dass der Nachtragshaushalt zur Unterstützung der GeNo durch die Stadtgemeinde Bremen als Gesellschafter ohne Landeskrankenhausplan entschieden werden soll.

Senatorin Prof. Dr. Quante-Brandt berichtet hierzu, dass der beschlossene Landeskrankenhausplan bis auf weiteres Bestand hat.

- Sturmmöwenkolonie in Habenhausen, Berichtsbitte des Deputierten Saffe:

Herr Saffe (Bündnis 90/ Die Grünen) führt aus, dass vermutlich eine brütende Sturmmöwenkolonie auf einem Firmendach in Habenhausen mittels Spannen von Netzen kürzlich zerstört wurde. Diesbezüglich bittet er um einen Bericht des im Zuständigkeitsbereich der Deputation tätigen Veterinärdienstes.

Frau Schröder (LMTvet) berichtet, dass vor wenigen Tagen eine entsprechende Beschwerde, über seit einigen Tagen andauernde Netzspannungen, beim LMTvet eingegangen ist. Bei der folgenden vor Ort Untersuchung des LMTvet wurden auch entsprechende Tiere und Netze aufgefunden, doch

weder entsprechende den Tatvorwurf bestätigende Fakten vorgefunden wurden noch erhärtende Zeugenaussagen festgestellt werden konnten. Der LMTvet befindet sich nun in den weiteren Ermittlungen, die üblicherweise über Wochen durchgeführt werden. Würde sich die im Raum stehenden Vermutungen erhärten wäre diese wohl eine Straftat und würde bei der zuständigen Schwerpunktstaatsanwältin des Landes Bremen angezeigt werden.

Vorsitzender

Protokollführer